



Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW Berlin

INTERVIEW MIT DOROTHEA SCHÄFER

»Eine Eigenkapitalunterlegung nur für Neukäufe von Staatsanleihen könnte sinnvoll sein«

1. Frau Schäfer, seit dem Jahr 2013 verhandelt der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht ein Reformpaket Basel III. Inwiefern herrscht Einigkeit bei der Erhöhung der Eigenkapitalforderungen für EU-Staatsanleihen, die bislang zu 100 Prozent mit Fremdkapital finanziert werden können? *Es herrscht wohl Einigkeit darüber, dass man in Zukunft Eigenkapitalanforderungen für EU-Staatsanleihen einführen will. Über die Details ist bislang nichts bekannt geworden.*
2. Von welchem Szenario gehen Sie in Ihrer Untersuchung aus? *Wir gehen davon aus, dass die Staatsanleihen zukünftig nach dem Standardansatz mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Das bedeutet, dass Staatsanleihen mit sehr gutem Rating nach wie vor eine Eigenkapitalanforderung von null haben. In niedrigeren Ratingstufen werden abgestuft Risikogewichte höher als null, also zum Beispiel mit 50 Prozent oder auch 100 Prozent Risikogewicht angenommen. Wenn man annimmt, dass Staatsanleihen wie normale Kreditexposures im Standardansatz behandelt werden, dann kann man die zukünftigen Eigenkapitalanforderungen ausrechnen.*
3. Das heißt, der geforderte Eigenkapitalanteil für eine Staatsanleihe richtet sich nach dem Rating des betreffenden Landes? *Genau. Die drei wichtigsten Ratingagenturen sind Standard & Poor's, Moody's und Fitch, die für die Staaten Ratings definieren. Wir benutzen das Rating, das Fitch herausgibt, um aufgrund des Ratings das Risikogewicht für die Staatsanleihen zu berechnen.*
4. Wie viel zusätzliches Eigenkapital werden die Banken der großen Euroraum-Länder benötigen, wenn das Eigenkapitalprivileg wegfallen sollte? *Die deutschen Banken, die im Stresstest 2016 getestet wurden, brauchen nur 1,8 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital. Das ist eine verschwindend geringe Summe und nur ein Prozent des vorhandenen Eigenkapitals. Das dürfte der Markt jederzeit hergeben. Bei den französischen Banken ist die Situation ähnlich, obwohl sie mit etwa drei Milliarden Euro einen etwas höheren Bedarf haben; aber auch das dürfte der Markt ohne Probleme hergeben. Die italienischen Banken hingegen hätten einen zusätzlichen Eigenkapitalbedarf von etwa neun Milliarden Euro. Momentan ist es für italienische Banken ohnehin schwierig, Eigenkapital zu bekommen, und wenn man sich klarmacht, dass der staatliche Rettungsfonds für die italienischen Banken 20 Milliarden Euro umfasst, dann sind neun Milliarden schon relativ viel.*
5. Eine Erhöhung der Eigenkapitalforderungen ginge also zulasten der europäischen Krisenländer? *Das muss man so sagen. Die Ursache ist, dass fast alle Banken eine Präferenz für einheimische Staatsanleihen haben. Wenn nun das eigene Land eine niedrige Ratingkennziffer hat, dann bedeutet das für diese Banken einen vergleichsweise hohen Kapitalbedarf. Der muss über den Markt erworben werden, und das ist gerade bei Krisenländern natürlich schwierig.*
6. Wie beurteilen Sie insgesamt eine Erhöhung der Eigenkapitalforderung? *Sorgt diese Maßnahme für mehr Sicherheit im europäischen Bankensektor? Prinzipiell ist es zu begrüßen, wenn höhere Eigenkapitalanforderungen für Staatsanleihen gestellt werden, die bisher zu Unrecht von jeglicher Unterlegungspflicht ausgenommen waren. Allerdings bedeutet das, dass ein hoher zusätzlicher Eigenkapitalbedarf, der möglicherweise nicht über den Markt gedeckt werden kann, die staatlichen Stellen vor die Anforderung stellen könnte, zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Das aber ist gerade bei den Krisenländern schwierig, weil ja gerade dort die hohe Staatsverschuldung ein Problem darstellt. Man bräuchte zusätzliche Mittel für das Staatsbudget und müsste die Verschuldung nochmals anheben. Das käme für die Krisenländer zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Unzeit.*
7. Wie könnte ein Ausweg aus dem Dilemma aussehen? *Ein Ausweg könnte sein, dass nur dann mit Eigenkapital unterlegt werden muss, wenn eine Bank eine Staatsanleihe neu in die Bücher nimmt, also neu in Staatsanleihen investiert. Das würde das Problem sicherlich entschärfen.*

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Simon Junker
Dr. Kati Krähnert

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.